



Links.Blick

5. Ausgabe / April 2019

DIE LINKE Zeitung aus Cottbus

Cottbus sozial gestalten!

DIE LINKE geht personell gestärkt in die Kommunalwahl

Auf ihrer Mitgliederversammlung hat DIE LINKE die Weichen für die Kommunalwahl am 26. Mai in Cottbus gestellt. Im Brandenburgischen Landesmuseum für moderne Kunst („Dieselkraftwerk“) diskutierten die 80 Mitglieder und Gäste das Wahlprogramm, mit welchem die Linkspartei in den Wahlkampf zieht.

Darüber hinaus wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung bestimmt.

Im Mai wählen die Cottbuserinnen und Cottbuser das neue Stadtparlament für die kommenden fünf Jahre.

André Kaun, Vorsitzender der aktuellen Linksfraktion, machte in seiner Rede auf die sozialpolitischen Vor-



Die Spitzenkandidaten für die SVV Eberhard Richter, André Kaun, Birgit Mankour und Matthias Loehr (v.l.)

schläge seiner Partei aufmerksam: „Wir fordern den Ausbau der präventiven Angebote für Jugendliche und

Familien. Zwei Millionen Euro mehr wollen wir bereitstellen – denn es gibt kaum eine bessere Art, um Geld in die Zukunft unserer Stadt zu investieren.“

Insgesamt stellt DIE LINKE 43 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl auf. So viele wie noch nie.

Als Spitzenteams in den vier Wahlkreisen schickt die Linkspartei Matthias Loehr und Karin Kühl (Schmellwitz), André Kaun und Brita Richter (Mitte/Ströbitz), Birgit Mankour und Christopher Neumann (Sandow) sowie Eber-

hard Richter und Claudia Hellwig (Spremberger Vorstadt/Sachsendorf) ins Rennen.

Programmatisch:

Die Cottbuser LINKE hat ihr Programm für die Kommunalwahl 2019 beschlossen. Was können Sie von einer starken Linksfraktion in der nächsten SVV erwarten?

Seite 4

Dramatisch:

Wie ungerecht es in großen Teilen des Reinigungsgewerbes zugeht, ist bekannt. Eine Betroffene schildert die Arbeitsbedingungen von Menschen, die „unseren Dreck“ wegräumen.

Seite 7

Europäisch:

Gleichzeitig mit der Kommunalwahl findet die Wahl des Europäischen Parlaments statt. DIE LINKE hat auf ihrem Bonner Parteitag Programm und Kandidaten bestimmt.

Seite 9

kommentiert: Ich gehe am 26.5. zur Europawahl, weil....

von Sonja Newiak
(Netzwerk Europäische Linke)

Ich will, dass die EU tatsächlich das Friedensprojekt wird, als welches sie gestartet ist. So wie sie jetzt ist, ist sie in ihrem Fortbestand gefährdet. Der Brexit macht dies überdeutlich. Das nationalistische Auseinanderdriften der Staaten bedroht Demokratie, Menschenrechte und Frieden.

Dies hat aber seine Ursache in der tiefen sozialen und ökonomischen Krise mit ihren Ungleichgewichten und Ungerechtigkeiten zwischen den Starken, namentlich die BRD, und den Schwachen, die sich dem Diktat der Finanzmärkte beugen mussten, mit den Folgen der Verarmung und Entfremdung der Menschen.

Was muss anders werden in einer erneuerten EU, damit die sie in Zukunft als ein Bündnis der Menschen gelebt und empfunden werden kann?

DIE LINKE stellt einen Plan für eine gerechte, soziale und ökologische Wirtschaft, raus aus der Privatisierung und aus dem Diktat der Finanzmärkte, für ein Umsteuern mit Steuern, für gerechten Handel als Motor friedlicher Entwicklung und Abrüstung in den Mittelpunkt ihres Europawahlprogramms. Die EU darf nicht länger ein Europa der Konzerne, der Profiteure und Steuerpreller bleiben. Sie braucht ein Programm gegen Arbeitslosigkeit und für Mitbestimmung, für Investitionen in die Zukunft. Schluss mit dem Austeritätswang für Staaten und Kommunen. Dem gebe ich meine Stimme und werde dafür bei Ihnen.

Dafür gilt es, unbedingt zur Wahl zu gehen und sich zu engagieren.

Europaweite Bürgerinitiativen haben bewiesen, dass es lohnt: Die Wasser-

initiative, von zwei Millionen EU-Bürgern unterzeichnet, verhinderte die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung. TTIP wurde gestoppt.

Daraus hat auch die EU-Kommission gelernt: Neue Handelsabkommen werden nun aufgespalten. Eines für den Handel, das andere für den „Investitionsschutz“ und die Konzernklagerechte. Bei allen neuen Handelsabkommen bleiben die Parlamente der Mitgliedsstaaten, anders als bisher, komplett außen vor. Die Demokratie wird für Konzerninteressen ausgehebelt. Gerade das muss in einer zukünftigen EU geändert werden!

Dafür braucht es eine starke LINKE im Europaparlament.

Außerdem braucht es Ihre Unterschrift unter die „Europäische Initiative „Menschenrechte schützen - Konzernklagen stoppen!“

(Aufruf www.mehr-demokratie.de).

„Wir haben alle etwas von der EU!“



Die Brandenburger LINKE zieht mit Helmut Scholz in den Europawahlkampf. Er steht auf Platz vier der Liste für das Europaparlament.

Im Interview mit ihm wird deutlich, wie sich DIE LINKE eine soziale und friedliche EU der Zukunft vorstellt und warum sich der Kampf darum lohnt.

Das Interview finden Sie auf unserer Homepage unter www.dielinke-lausitz.de/wahlen/europa



Hartz IV: Bundesverfassungsgericht entscheidet über Sanktionen

Seit Einführung von Hartz IV stehen neben den viel zu niedrigen Regelsätzen insbesondere die Sanktionen, mit denen Erwerbslose und Aufstocker*innen von Jobcentern diszipliniert werden sollen im Fokus der Kritik. 15 Jahre nach der Einführung wird nun vor dem Bundesverfassungsgericht erstmals verhandelt, ob Sanktionierungen überhaupt rechtmäßig sind.

Das Sozialgericht in Gotha hielt die Sanktionen für verfassungswidrig und lässt sie nun in Karlsruhe überprüfen. In dem vorliegenden Fall musste ein Erwerbsloser mit 234,60 Euro weniger auskommen, weil er ein unangemessenes Jobangebot abgelehnt und Probearbeit verweigert hatte. Das Bundesverfassungsgericht muss nun darüber entscheiden, ob die Sanktionen ganz oder teilweise verfassungswidrig sind.

Wenn das Gericht der Einschätzung folgt, dass die Sanktionen verfassungswidrig sind, könnte dies eine lange überfällige Erleichterung für viele ALG-II-Empfänger*innen bedeuten.

Denn: jeden Monat werden zehntausende ALG-II-Leistungsberechtigte mit einer Sanktion konfrontiert. Dies bedeutet eine Kürzung ihrer anerkannten Leistungsansprüche. Sanktionen im Bereich der Grundsicherung bedeuten regelmäßig eine Unterschreitung des ohnehin klein-

gerechneten, gesetzlich festgelegten Existenzminimums. Im schlimmsten Fall können die Jobcenter bei Personen, denen sie Fehlverhalten vorwerfen, das Arbeitslosengeld sogar komplett kürzen - so geschehen bei immerhin 0,2 Prozent der Leistungsberechtigten. Dies widerspricht dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die Sanktionsregeln und

niert. Dabei geht es keineswegs um symbolische Sanktionen. So betraf die durchschnittliche Kürzung der unter 25-Jährigen saftige 127,97 € (August 2018).

Als LINKE können wir darauf hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht dieses Unrecht erkennt und das Sanktionsregime endlich beendet. Die Entscheidung wird in weni-

gen Monaten erwartet. Als LINKE werden wir unabhängig vom Ausgang weiterhin gegen Sanktionen in den Grundsicherungssystemen kämpfen.

Die wirkliche Funktion der Sanktionen, auch wenn sie nur

ca. drei Prozent treffen, ist die gewollte erpresserische Bedrohung, die das HARTZ-IV-Gesetz für alle Arbeitnehmer*innen ob mit oder ohne Arbeit darstellt. So ist in Deutschland der größte Niedriglohnsektor in Europa entstanden - zum Vorteil der Besitzenden. Unsere Alternative - die Ursachen der Erwerbslosigkeit angehen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen.

Deshalb fordern wir Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich vor Armut schützt.

*Norbert Müller,
Bundestagsabgeordneter*



die übliche Praxis nehmen mit der Kürzung der ohnehin zu geringen Leistung Verschuldung, massive Existenznöte, soziale Isolierung, Verschlechterung der Gesundheit und auch Obdachlosigkeit in Kauf.

Von Hartz-IV-Sanktionen sind insbesondere Familien mit Kindern betroffen. In etwa jedem dritten Haushalt, in dem die Grundsicherung gekürzt wird, leben ein oder mehrere Kinder. Jede sechste Kürzung trifft alleinerziehende Mütter oder Väter. Noch stärker trifft es unter 25-Jährige. Ihre Sanktionierung und Disziplinierung wird besonders forciert. Die Folge: Jede*r zwölfte Leistungsberechtigte wird sanktio-

Cottbuser LINKE beschließt ihr Kommunalwahlprogramm



Das Wahlprogramm der LINKEN in Cottbus ist am 16. Februar auf einer Mitgliederversammlung beschlossen worden. Bis dahin war es ein langer Weg. Bereits im Mai 2018 trafen sich Mitglieder und sammelten

Ideen, Forderungen und Wünsche zur Kommunalpolitik.

Daraus entstand der erste Entwurf, der im Dezember allen Mitgliedern und interessierten Sympathisanten übergeben wurde.

Bis Ende Januar 2019 konnten Änderungsanträge eingereicht werden, über die auf der Mitgliederversammlung diskutiert und entschieden wurde.

Ein langwieriger Prozess der zeigt, DIE LINKE hat es sich nicht einfach gemacht und zahlreiche Akteure aus dem gesamten Stadtgebiet einbezogen, um ihre Ziele für die kommenden fünf Jahre festzulegen.

Das Wahlprogramm ist unter www.dielinke-lausitz.de/wahlen zu finden.

*Eberhard Richter
Ortsvorsitzender*

konsequent sozial - auch kommunal! Unser Kommunalwahlprogramm (Auszug) 2019

Interkommunale Zusammenarbeit

Der Strukturwandel ist die gemeinsame Aufgabe der nächsten Jahre. Die Zukunft der Arbeitswelt nach der Braunkohleverstromung, der demografische Wandel und der Umgang mit sich verändernden finanziellen Ressourcen erfordern gemeinsames Handeln.

■ Zusammen mit dem Landkreis Spree-Neiße werden wir uns für eine gemeinsame Wirtschaftsförderung und Schulentwicklungsplanung, eine Erweiterung des ANgebots von Cottbusverkehr und ein gemeinsames Tourismuskonzept einsetzen. Politik und kommunales Leben

■ DIE LINKE setzt sich weiterhin für wirksame Formen der unmittelbaren Bürger*innenbeteiligung ein und unterstützt die jährliche Kinder- und Jugendkonferenz. Weiter-

hin fordern wir die Einführung eines*r hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Cottbus.

■ DIE LINKE tritt für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen ein. Bei allen Bauvorhaben in der Stadt ist durchzusetzen, dass bauliche, räumliche und kommunikative Barrierefreiheit geschaffen und erhalten wird.

■ Die Beratungen des Pflegestützpunktes sollen auch in den Stadtteilen angeboten werden.

■ Tierpark, Glad-House, Planetarium... benötigen eine bessere Personalausstattung.

Wirtschaft und Arbeit

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Wirtschaftsstruktur der Region tiefgreifend verändern. Auch wir sehen die Notwendigkeit ökolo-

gischer und ressourcensparender zu wirtschaften.

■ Mit der LINKEN wird es keinen Verkauf kommunaler Betriebe und Einrichtungen geben.

■ Cottbus braucht keine Erweiterung des Einkaufszentrums in der Innenstadt.

■ DIE LINKE setzt sich für die Beibehaltung der gegenwärtigen Gewerbesteuer ein und lehnt eine Erhöhung der Grundsteuer ab.

■ Wir fordern den Aufbau eines Sozialbetriebes, der vorrangig Langzeitarbeitslose beschäftigt, ihre Integrationschancen in den Arbeitsprozess verbessert und nachhaltige Gemeinwesenarbeit entwickelt.

Leben und Wohnen, ÖPNV

DIE LINKE kämpft für bezahlbares Wohnen.

■ Städtische Grundstücke sollen vorrangig für Wohnungsbaumaßnahmen der GWC bereitgestellt werden.

■ DIE LINKE kämpft weiterhin für stabile Wasser- und Abwasserpreise.

■ DIE LINKE unterstützt einen attraktiven, flächendeckenden und qualitativ hochwertigen ÖPNV in Cottbus. Wir sind für den Erhalt und den klimafreundlichen Ausbau des Nahverkehrs. Eine Vision kann die Straßenbahn zum Cottbuser Ostsee sein.

■ DIE LINKE unterstützt einen kostenfreien ÖPNV.

■ Das Fuß- und Radwegenetz muss instand gehalten, erweitert und durchgängig gestaltet werden.

■ Ampelphasen nutzerfreundlich regulieren. Längere Grünphasen sind kein Widerspruch zur Schaffung von grünen Wellen für Kraftfahrzeuge. Wir wollen die Countdown-Anzeige für Fußgängerampeln einführen.

■ Es gibt zu viel Plastikmüll, der unsere Umwelt gefährdet. In Cottbus müssen alle Möglichkeiten zur Abfallvermeidung genutzt werden.

Bildung, Schule, Kita

DIE LINKE steht für bezahlbare KITA-Plätze. Soziale Ausgrenzung muss schon im Kindergarten verhindert werden. Mindestbeiträge lehnen wir ab.

■ Neue Kitas sollen in kommunaler Trägerschaft bleiben. Die völlige Beitragsfreiheit und die Gewährleistung der notwendigen Betreuungszeiten bei guter Quali-

tät bleiben unser Ziel.

■ Gleiche Bildungschancen für alle! Das bedeutet für uns ein ausgewogenes Schulangebot vor Ort einschließlich einer Stärkung öffentlicher Schulsandorte sowie eine gerechte und schüler*innenfreundliche Erreichbarkeit aller Schulen mit dem ÖPNV.

■ Gemeinsam mit dem Landkreis Spree-Neiße ist die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule zu prüfen.

■ DIE LINKE fordert weiterhin eine*n Schulsozialarbeiter*in an jeder Schule.

■ Die Förderung von Jugendeinrichtungen und Familienprojekten soll um zwei Millionen Euro im Jahr erhöht werden. Damit sind vor allem präventive Angebote zu schaffen.

Kultur, Sport, Tourismus

Wir sehen den Erhalt des Staatstheaters, des Glad-House, des Piccolo Theaters, des Brandenburgischen Landesmuseums für moderne Kunst (DKW) und der kleinen Bühnen als unverzichtbar an.

■ DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Cottbus auch in Zukunft eine grüne, der Naherholung dienende Stadt bleibt.

■ DIE LINKE fordert ein Wildtierverbot bei Zirkusveranstaltungen in der Stadt Cottbus.

■ DIE LINKE unterstützt ein leistungsfähiges Gesund-

heitswesen in unserer Stadt. Dabei soll das Wohl der Patient*innen vor dem ökonomischen Gewinn stehen. Wir unterstützen Bemühungen, die Personalausstattung und die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in diesem wichtigen Tätigkeitsfeld zu verbessern.

Hass ist Gift für unsere Stadt!

Wir wollen Cottbus als weltoffen, e,bürger*innenfreundliche und tolerante Stadt für alle Generationen erhalten und weiterentwickeln.

DIE LINKE wendet sich konsequent gegen jede Form von Rassismus. Die Integration der zugewanderten Menschen in das Leben unserer Stadt ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie wird beiderseitige Anstrengungen für viele Jahre erfordern und zu einer Bereicherung des Lebens führen.

Wir sagen jedem Menschen, der in unsere Stadt kommt, ein herzliches Willkommen. Gleich ob als Studierende, Touristen, Gäste, Zugewanderte oder Geflüchtete – wir wollen friedlich miteinander leben.

Erwarten Sie von uns keine einfachen Antworten auf schwierige Fragen unserer Zeit.

Aber gemeinsam mit Ihnen werden wir diese Stadt sozial gestalten und unsere Ziele verwirklichen

DIE LINKE.
Cottbus/Chóšebuz

Und ewig bleiben die Ritzen?

Die Bitte einer älteren Mitbewohnerin erreichte die Linksfraktion.



Das schöne Kopfsteinpflaster am Altmarkt machte auch Kopfzerbre-

chen. Symbolisch. Die breiten Ritzen zwischen den Steinen könnten auch zur Falle werden und Knochenbrüche verursachen. Räder von Rollatoren, Gehstöcke und auch manche Damenschuhe brauchen ebene Flächen.

Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung brachte einen Antrag ein, die Situation zu verbessern. Das war im

Oktober 2016. Die Stadtverwaltung gab Aufträge zum Einsatz verschiedener Materialien zum Verfüllen der Ritzen an Firmen. Nachfragen konnten den Verlauf nicht beschleunigen.

Die Geduld hat sich gelohnt. Spätestens im Mai 2019, sollen die Übergänge im Bereich der abgesenkten Bordsteinkanten entschärft werden. Alles neu macht der Mai – sagte meine Oma. Manchmal auch: Was lange währt, wird endlich gut -hoffentlich!

Brita Richter

Ein weiterer Tiefpunkt

Ein Kommentar von Christopher Neumann zum Artikel „In der Mühle traut keiner dem Wind(Strom)“, erschienen im „Märkischen Boten“ vom 23. März 2019

Im oben genannten Artikel berichtet die Zeitung über eine Veranstaltung in der sogenannten „Mühle“. Schon die Einleitung verschleiern den Charakter der Lokalität: „Wer außerhalb von Parteipodien oder Straßenansammlungen Orientierung sucht, findet in Vereinen und Zirkeln Kontakte. Seit 2018 gibt es einen Wohnzimmerladen ...“, heißt es dort. Zur Wahrheit gehört allerdings, dass die „Mühle“ ein wesentlicher Anlaufpunkt bei den fremdenfeindlichen Demonst-

rationen von „Zukunft Heimat“ in Cottbus ist. In Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung und dem „Netzwerk Ein Prozent“ gibt es nunmehr einen Treffpunkt für Rechtsextremisten mitten in der Cottbuser Innenstadt. Darüber hinaus ist auch räumliche Nähe zur AfD kein Zufall. Somit ist auch die Behauptung „außerhalb von Parteien und Straßenansammlungen“ nicht korrekt.

Anschließend wird den Aussagen des angeblich „deutschlandweit bekannten“ Klimawandelleugners Dr. Wolfgang Rasim viel Platz gegeben. Nur wer ist dieser Mann? Im Internet findet sich nicht eine Veröffentlichung von ihm. Auch Diskussionsbeiträge

oder ähnliches sucht man vergebens. Trotzdem bekräftigt der Autor des Artikels die streitbaren Aussagen mit seinem Schlusssatz „Warum auch nicht? [...] Wem nutzt eigentlich der Kohleausstieg?“

Mit Journalismus hat dieser Artikel nichts zu tun. Vielmehr wirkt er wie die unkommentierte Wiedergabe einer Presseerklärung. Mit dem Artikel öffnet der Autor den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, die unsere Demokratie bekämpfen, weit die Tür. Das ist nach der öffentlichen Verwendung von Ku-Klux-Klan-Masken auf dem Cottbuser Altmarkt im Mai 2018 ein weiterer Tiefpunkt in der jüngeren Geschichte unserer Stadt.

Bezahlbarer Wohnraum für Cottbus!

Über die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung wurden Anträge auf den Weg gebracht, die auch zukünftig ausreichend bezahlbaren Wohnraum in der Stadt sichern sollen.

Angeregt wurde das durch einen Artikel in der „Lausitzer Rundschau“ vom 4. Dezember 2018. Laut einer

dort besprochenen Studie werden in Cottbus in den kommenden Jahren rund 19.000 Menschen nach 45 Arbeitsjahren eine Rente unterhalb der Grundsicherung bekommen. Das jetzt vorliegende Stadtentwicklungskonzept geht davon aus, dass die jetzt vorhanden 14.000 Wohnungen mit Sozialbindung nacheinander aus dem günstigen Mietsegment herausfallen,

weil die Bindung entsprechen gesetzlicher Regelungen nach und nach entfällt.

Deshalb braucht es neue, innovative Konzepte, um auch in Zukunft bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum in der Stadt sicherzustellen.

DIE LINKE bleibt am Ball – auch nach der Wahl!

Interview:

„Ich sage immer aus Spaß, dass ich mich da gleich erschießen kann“

Ein Interview mit Frau K. aus Cottbus. Die 63-Jährige ist Reinigungsfachkraft und berichtet aus ihrem beruflichen Alltag und die Sorgen einer Geringverdienerin. Das Beispiel von Frau K. zeigt, wie wichtig der Kampf um faire Löhne und eine soziale Mindestrente ist.

Frau K., vielen Dank, dass Sie sich zu diesem Gespräch bereit erklärt haben. Sie sind Cottbuserin?

Ja, ich lebe seit 63 Jahren in dieser Stadt, mein ganzes Leben. Und ich will gern mit Ihnen über meinen Beruf und meine Zukunft sprechen. Ich rede da ja nicht nur für mich. In meiner Situation sind Tausende.

Es geht um Ihre Arbeit. Was können Sie mir dazu sagen?

Seit der Wende war ich vielleicht insgesamt ein halbes Jahr arbeitslos, habe immer wieder was gefunden. Seit 2003 arbeite ich bei einer Reinigungsfirma. Mache ich auch gern - einerseits.

Was heißt „einerseits“?

Na ja, es ist schon interessant. Ich komme kreuz und quer durch die

Stadt, kenne viele Gebäude von innen und lerne natürlich auch nette Leute kennen.

Aber andererseits?

Es ist schon sehr anstrengend. Um 5:00 Uhr beginnt mein Arbeitstag und endet im Normalfall gegen 20:00 Uhr. Auch wenn ich zwischendurch



frei habe - der Tag ist zerhackt. Bezahlt bekomme ich 8 Stunden, unterwegs bin ich bis zu 12 Stunden, immer kreuz und quer durch Cottbus.

Meist mit dem Rad, bei schlechtem Wetter auch mal mit dem Auto. Das ist so üblich in der Branche. Manchen geht es noch schlimmer, die sind dann erst in der Nacht zu Hause.

Was haben sie monatlich auf der Hand?

Das liegt so, je nach Monat, zwischen 1 000,- und 1 200,- Euro. Das reicht hinten und vorne nicht. Mein Mann ist durch einen Arbeitsunfall schon lange krank - ist also als Hauptverdiener ausgefallen. Um alles bezahlen zu können, habe ich noch kleine

Nebenjobs, so sieben Stunden die Woche, mache ich dann in den Zwischenzeiten. Die Miete beträgt schon 700,- Euro.

Was sagt die Rentenkasse? Wieviel haben Sie da mal zu erwarten?

Nach dem letzten Bescheid sollen es mal 960,- Euro

sein. Ich sage immer aus Spaß, dass ich mich da gleich erschießen kann. Also werde ich in meinem Beruf auf 450,- Euro Basis weiterarbeiten. Solange wie es geht. Muss eben.

Der richtige Name von Frau K. ist der Redaktion bekannt. Das Gespräch führte Eberhard Richter.

„Na wenn ich doch mal muss...“

Tagesbesucher in unserer Stadt. Für viele, vor allem für Gruppen, gehört eine Stadtführung dazu. Oft sind es Reisegruppen, die einen Bus-Stopp machen.

Die Stadtführerinnen oder Stadtführer zeigen, erklären, fabulieren. Die Damen und Herren bewundern unsere schöne Stadt. Doch dann - ein dringendes Bedürfnis. Wohin? In das

nächste Café oder die nächste Gaststätte? Na ja, wenn es mal einer ist. Aber ganze Gruppen?

Es fehlen öffentliche Toiletten. Beim Umbau des Oberkirchplatzes war eine geplant. Auch für die Leute vom Wochenmarkt. Das soll jetzt doch nicht klappen. Stadtverwaltung - bitte - es ist dringend!!!

P.S.: Viele haben es vielleicht noch gar nicht bemerkt. Zumindest für Menschen mit Behinderungen gibt es eine öffentliche Toilette am Altmarkt, im Eingangsbereich des Alten Stadthauses, links. Die Fraktion DIE LINKE hatte es durch einen Antrag angeregt. Dazu braucht es aber den „Europa-Schlüssel“ der für solche Örtchen genormt ist.

Brita Richter

„Brandenburg, alle oder keiner!“

Sebastian Walter ist 28 Jahre jung und gilt als politisches Talent. Im Duo mit Kathrin Dannenberg aus Calau wurde der Eberswalder zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Brandenburg gewählt. Er ist seit 2016 Regionsgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Ostbrandenburg. Wir sprechen mit ihm über Strukturwandel, sozialen Zusammenhalt und Kultur.

Große Veränderungen stehen den Lausitzern bevor, die Zukunft von gut 8.000 Arbeitsplätzen ist ungewiss. Mit welchem Konzept trägt sich DIE LINKE?

Walter: Die Ergebnisse der Kohlekommission sind erst einmal zu begrüßen, auch wenn wir viele der Empfehlungen für nicht weitgreifend genug befinden, aber das liegt in der Natur eines Kompromisses.

DIE LINKE, und dafür werde ich mich besonders einsetzen, steht für einen sozial gerechten Strukturwandel.

Es geht nicht nur um die Arbeitsplätze von 8.000 Leuten, sondern zusätzlich um deren Familien, um Zulieferbetriebe, um regionales Handwerk. Der Ausstieg aus der Kohle ist richtig und notwendig für das Klima und die nächsten Generationen. Aber wir nehmen auch die Befürchtungen der Betroffenen ernst. Mit uns werden die nicht weggeredet, sondern gemeinsam diskutiert und nach verträglichen Lösungen gesucht.

Für eine starke Region braucht es die Bündelung aller Kompetenzen für eine langfristig stabile Wirtschaftsstruktur. Das heißt: eine Mischung aus Industrie-, Verwaltungs- und Wissenschafts Arbeitsplätzen unter Berücksichtigung sozialer und infrastruktureller Aspekte. Ich sag es mal mit dem Lausitzer Liedermacher Gundermann: alle oder keiner!

Mit welchen Maßnahmen wird DIE LINKE den Wandel voranbringen?

Walter: Neben dem Kampf um die Arbeitsplätze gilt generell und nicht nur für die Lausitz, wir setzen auf starke

den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass die Landesregierung wesentlich mehr Mittel in die BTU Cottbus-Senftenberg gibt. Natürlich geht es um den Breitbandausbau.

Die Bundesregierung hat endlich die Bedingungen geändert, die Kommunen können sich nun beteiligen und die Gelder abrufen. Privatunternehmen können eben nicht allein leisten, was für die öffentliche Daseinsvorsorge notwendig ist. Gleichwohl geht es aber um viel mehr: medizinische Versorgung, ÖPNV, Schulen, Kitas, Wohnungsbau, bezahlbare Mieten usw., damit Menschen gern in Brandenburg leben.

Wer kompensiert in Zukunft die Zuwendungen z. B. an Vereine?

Walter: Ich möchte, dass Kultur-, Kunst- und Sporteinrichtungen im ganzen Land am besten ohne private Gelder auskommen können. Das ist das Ziel! Wenn wir ein Brandenburg für alle wollen, in dem niemand Abstiegs- oder Zukunftsängste haben soll, dann müssen natürlich auch alle teilhaben können am kulturellen und

sportlichen Leben.

Darum reden wir darüber, Kultureinrichtungen so zu gestalten, dass sie erhalten bleiben und für alle Altersgruppen zugänglich sind. Als Landesregierung haben wir dafür bereits mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Klar ist, dass Kultur monetär immer ein Zuschussgeschäft sein wird. Das muss es auch, um unabhängige, freie Kultur und Entfaltung von Ideen zu ermöglichen. Und sicher müssen wir auch manche Entscheidung zu



Der Linkenpolitiker Sebastian Walter engagiert sich schon seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik und für die Gewerkschaften.

Bildung, Stichwort lebenslanges Lernen; von der frühkindlichen Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung der zukünftigen Fachkräfte. Aber auch die frühzeitige Qualifizierung von Arbeitssuchenden ist wichtig und muss vermehrt unterstützt werden.

Die Gelder sind ja vorhanden. Außerdem gehören zum Maßnahmenpaket finanzielle Anreize für Unternehmer*innen, Arbeitsplätze zu schaffen und Leute anzustellen, die sonst nicht so attraktiv sind für

Einsparungen zurücknehmen, die zugunsten eines „schlanken Staates“ in dem Bereich getroffen wurden.

Wie beurteilst Du die rechtspopulistische Entwicklung in Brandenburg?

Walter: Das ist wirklich schrecklich. Bei den Gesprächen mit Stadtverantwortlichen höre ich regelmäßig, dass Neutralität gewahrt werden muss. Ich sage aber, wenn Ortsvertreter*innen

in die Verantwortung gehen, verpflichten sie sich im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu handeln. Wenn die angegriffen wird, und die wird im Moment massiv angegriffen von Rechtspopulisten und Hetzern, erwarte ich, dass sich die Verantwortlichen mit allen anderen Demokrat*innen klar positionieren.

Wir hatten schon mal eine Zeit, als Menschen alle möglichen Ausreden hatten, dass sie sich diesen rechten

Leuten nicht entgegengestellt haben. So was darf nicht wieder passieren! Richtig ist aber auch, dass in vielen Orten des Landes in den letzten Jahren bei Schwierigkeiten weggeschaut, über Probleme der Bürger*innen nicht geredet wurde. Da werden wir in Zukunft wesentlich stärker und schneller handeln.

*Das Interview führte:
Cornelia Meißner*

Erkämpft das Menschenrecht!

Der Parteitag der LINKEN zur Europawahl fand vom 22. bis 24. Februar 2019 in Bonn statt. Aus den Reihen des Kreisverbandes Lausitz verfolgten Karin Kühn, Anke Schwarzenberg, Mathias Kroll, Christopher Neumann und Florian Szonn als Delegierte das Geschehen. Wir wollen sie zu einigen Inhalten und Ergebnissen befragen:

Der Parteitag im vergangenen Jahr war von hitzigen Debatten geprägt. War die Stimmung in Bonn gemäßiger?

Szonn: Während einige Diskussionsbeiträge auf dem Leipziger Parteitag unter die Gürtellinie gingen, war das Klima in Bonn deutlich gelassener. Einige Medien sprachen vom „neuen Kuschelkurs“ in unserer Partei. Überraschend war vor allem die Debatte um die grundsätzliche Ausrichtung zur zukünftigen Idee von der Europäischen Union. Meinungen von der Auflösung der EU in ihrer heutigen Form bis zur „Republik Europa“ waren vertreten. Es wurde ein guter Kompromiss gefunden mit einem klaren Bekenntnis zu Europa.

Der Parteitag beschloss unser Europawahlprogramm. Die Idee einer „Republik Europa“, wie in einigen Anträgen formuliert, wurde nicht aufgenommen. Ist sie damit für die LINKE gestorben?

Neumann: Nein. Das knappe Abstimm-

ungsergebnis hat gezeigt, dass über die Wege zu einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit weiter kontrovers diskutiert werden muss. Die „Republik Europa“ ist eine Vision, die zahlreiche Anhänger, aber auch Kritiker bei uns hat. Wer an diesen Debatten interessiert ist, findet in der LINEKN sicher eine politische Heimat. Wichtig ist

Union in ihrer derzeitigen Ausrichtung in sich trägt. Hier setzt DIE LINKE an und will ein Europa der Menschen, nicht der Banken entwickeln.

Im Ergebnis der Antragsdebatte wurde das Thema „Frieden“ weit nach vorn ins Europawahlprogramm gerückt. War das für dich überraschend?

Schwarzenberg: Nein, dieser Antrag kam für mich nicht überraschend. Ich weiß aus den Diskussionen in meinem Wahlkreis, wie wichtig dieses Thema ist. Zumal Forst als Grenzstadt die halbjährliche Umverlegung von Militär in Polen hautnah erlebt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Politik in der Europäischen Union zukünftig mehr auf Frieden und Sicherheit hinwirkt.

Zum Schluss, waren die Tage in Bonn ein Gewinn für eure weitere politische Arbeit?

Kühl: Ja, denn ein geeintes, solidarisches und weltoffenes Europa bietet viele Möglichkeiten und Chancen. Besonders beeindruckend und berührend war die Rede von Pia Klemp, Kapitänin des Seenotrettungsschiffes „Sea Watch 3“. Sie berichtete von den Auswirkungen von Krieg, Flucht und Not, die sie bei Rettungsaktionen im Mittelmeer zu spüren bekam.

Die Festungsmentalität an den europäischen Außengrenzen führt dazu, dass Menschen mit zweierlei Maß bewertet werden. In Europa, an seinen Außengrenzen und darüber hinaus müssen die Menschenrechte für jeden gelten.

Das Interview führte: Madeleine Tausch



mir aber, dass vom Parteitag ein klares proeuropäisches Signal ausging. Die Erzählung, DIE LINKE sei eine antieuropäische Partei, wurde klar widerlegt.

Jede Kandidatin, jeder Kandidat für die Liste zur Europawahl konnte sich mir einer kurzen Rede vorstellen. Welchen Eindruck haben diese Vorstellungen bei dir hinterlassen?

Kroll: In den Vorstellungsreden spiegelte sich sehr gut das Spektrum unserer Mitglieder wider. Junge GenossInnen, aktive Friedenskämpfer, viele mit Migrationshintergrund, tatkräftige Gewerkschafter zeigten, welch großes personelles Potential unsere Partei besitzt. In den Reden wurden vielfach die Defizite benannt, die die Europäische

Frank Trosien stellt bei der LINKEN aus



Mit dabei waren auch Kandidatinnen und Kandidaten der Partei für die Kommunalwahl am 26. Mai. Zu diesem Anlass wurde die neue Ausstellung in den Räumlichkeiten Eröffnet. Nach dem Maler Siegfried Engelmann präsentiert nun der Cottbuser Fotograf Frank Trosien eine Auswahl seiner bekannten Panorama-Aufnahmen.

Bis zum Herbst diesen Jahres können die Fotografien in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN (Straße der Jugend 114 in Cottbus) von allen Interessierten besichtigt und auch erworben werden.

Foto: Frank Trosien

Am 22. März 2019 führte der Lausitzer Kreisverband der LINKEN seinen traditionellen FrühLINKSempfang durch. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter von sozialen Verbänden, kulturellen Ein-

richtungen und andere gesellschaftlich engagierte Menschen.

Eine gute Gelegenheit, um mit Akteuren der LINKEN aus unserer Region ins Gespräch zu kommen.

„Lesemarathon“ der Bücherei Sandow

Im April laden wir die Sandower zu einem Lesemarathon ein.

Gestartet wird dieser am Welttag des Buches am 23. April 2019, 14.30 Uhr, in den Räumen der Bücherei Sandow e.V. Wir laden zu einem Literaturcafe ein. Vereinsmitglieder lesen aus ihren Lieblingsbüchern.

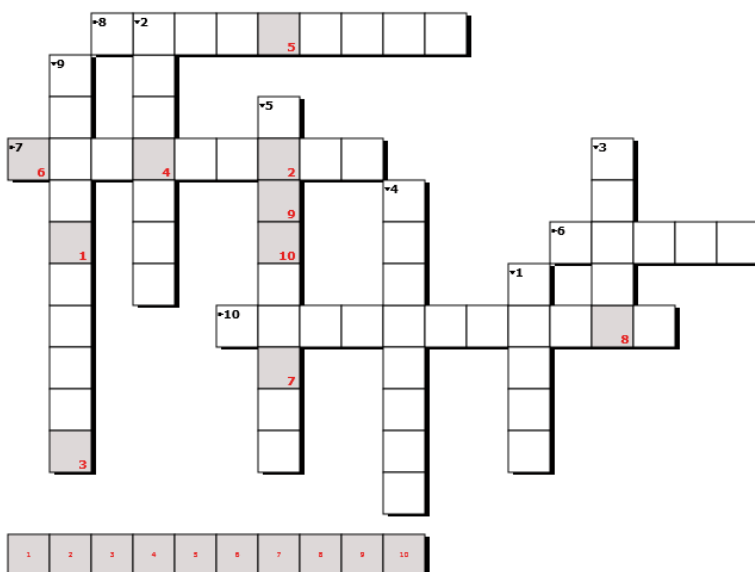
Am Mittwoch, 24. April, 10.00-11.30 Uhr, lädt der Bücherwurm Jung und Alt zu einem Lesefest ein.

Am Donnerstag, 25. April 2019, 17.00 Uhr, stellt Reinhard Stöckel seinen neuen Roman "Der Mongole" vor.

Abschluss des Sandower Lesemarathons wird am Freitag, 26. April 2019,

14.30 Uhr, ein "Literarischer Spaziergang" durch den Stadtteil Sandow.

Die Bücherei Sandow finden Sie im Gebäude der Christoph-Kolumbus-Grundschule, Muskauer Straße 1, 03042 Cottbus.



1. Wie lautet der Name des Cottbuser Oberbürgermeisters?
2. Wie heißt die Landeshauptstadt Brandenburgs?
3. Welcher Fluss fließt durch Cottbus?
4. Wie lautet der niedersorbische Name von Cottbus?
5. Mit welcher französischen Stadt pflegt Cottbus eine Städtepartnerschaft?
6. Welches Tier ist auf dem Cottbuser Wappen zu sehen?
7. Wie heißt ein bekannter Szeneclub in Cottbus, der ähnlich wie der "Glöckner von Notre Dame" heißt?
8. Wo in Brandenburg wird die Post noch mit Kähnen transportiert und ausgeliefert?
9. Welches heute noch beliebte Gebäck wurde im 19. Jahrhundert in Cottbus entwickelt?
10. Wie heißt der in Cottbus stehende zweitälteste noch betriebene Kinozweckbau Deutschlands?

Das Lösungswort kann bis zum 01. Mai an linksblick@dielinke-lausitz.de geschickt werden.

Unter allen richtigen Antworten verlosen wir drei Gutscheine in Höhe von 10€ für den Weltspiegel in Cottbus.

Cottbuser Umland

Der RE 2 Bahnhalteprotest geht weiter

Die Verkehrsministerin sah sich aufgrund der andauernden Proteste der Bürgerinitiative Haltepunkte Kolkwitz /Kunersdorf und Raddusch gezwungen, die vollständige Integration der Haltepunkte für 2022 in Aussicht zu stellen, obwohl zu diesem Zeitpunkt definitiv kein 2.Gleis zwischen Lübbenau und Cottbus liegen wird.

Ihr Versprechen vor der Bevölkerung aus dem Jahre 2015 lautete, das Provisorium wird nur 2 Jahr andauern. Damit bekommt diese Angelegenheit zwar noch keine Flughafendimension, erinnert jedoch irgendwie daran.



Erklärtes Ziel der Ministerin ist aber leider nur der zweistündliche Haltepunkt der Züge in Kolkwitz und Kunersdorf. Dieser hatte sich schon in der Vergangenheit nicht bewährt.

Warum soll etwas, was den Personenverkehr von der Schiene auf die Straße gedrängt hat, wieder aufgelegt werden? Die technischen Entwick-

lungen bei der Bahn lassen inzwischen intelligentere Lösungen zu.

DIE LINKE ist (bisher) die einzige Partei, die eine Einführung des Einstundentaktes für alle 3 Haltepunkte (Kolkwitz /Kunersdorf und Raddusch) fordert.

Im Wahlprogramm der Kolkwitzer LINKEN finden die Wähler*innen deshalb:

Wiederherstellung der stündlichen Bedienung der beiden Haltepunkte in Kolkwitz und Kunersdorf (Abkehr von den zuletzt praktizierten wechselseitigen Halten) und schnelle Verbesserung der Bedingungen für berufliche Pendler

*Gerd Bzdak
Bürgerinitiative
Haltepunkte Kolkwitz / Kunersdorf*

Verkehrsbeschränkungen durchsetzen!

Am 20. Februar fand in Klein Gaglow ein erneutes Treffen von Kreistagsabgeordneten der LINKEN aus Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz unter Anwesenheit von drei Vertretern der Interessengemeinschaft B169 e.V. statt. Im Ergebnis der Beratung erklären die Kreisvorsitzenden, Mario Dannenberg (OSL) und Matthias Loehr (Cottbus und SPN) sowie der Drebkauer Ortsbürgermeister Torsten Richter:

Mario Dannenberg:

„Fast 300 Tage sind seit dem Urteil des Obergerichtes Berlin-Brandenburg vergangen, welches die Landkreise verpflichtet, den Durchgangsverkehr auf der B169 in Menge und Last zu begrenzen. Landrat Siegfurd Heinze glänzt weiter durch Tatenlosigkeit. Der rechtskräftige und unanfechtbare Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg ist noch immer



nicht umgesetzt. Daher werden wir das Thema erneut auf der kommenden Sitzung des Kreistages aufrufen.“

Matthias Loehr:

„An Verkehrsbeschränkungen für die B169 führt kein Weg vorbei. Of-

fensichtlich hat Landrat Altekrüger dies nun endlich verstanden. DIE LINKE begrüßt daher die angekündigte Sperrung der B169 für den Durchgangsverkehr ab 2,8t durch die Kreisverwaltung. Gleichzeitig kritisieren wir aber das lange Zögern der Verwaltungsspitze.“

Torsten Richter:

„Wir brauchen - auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Ortsumgehung von Drebkau -eine grundsätzliche Debatte über den Nutzen und die Nachteile solcher Umgehungsstraßen.“

Sofern die Verkehrsbeschränkungen für die B169 umgesetzt und kontrolliert werden, bedarf es einer neuen Diskussion in der Region über die Sinnhaftigkeit der vorgesehen Umgehungsstraße für Klein Oßnig.“

Gefangen! Zwei Großväter im 2. Weltkrieg

Der 8. Mai wurde in der Bundesrepublik als Tag der Befreiung endlich in den Rang eines Gedenktages gehoben. Dr. Ernst Reuß spricht über persönliche Lebenszeugnisse seiner Großväter, beide zu verschiedener Zeit und in unterschiedlichen Rollen im Kriegsgefangenenlager in Winniza, Ukraine.

Der eine als Lagerschreiber der Wehrmacht, Zeuge der Massenverbrechen von Wehrmacht und SS an der Zivilbevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen. Der andere danach als Gefangener der Sowjetarmee, die sich trotz Totalverwüstung und Hunger



im eigenen Land um die Erfüllung der Genfer Konventionen bemühte.

Dr. Ernst Reuß weist an persönlichen Dokumenten nach, liest aus Briefen, wie tief die Verstrickung der deutschen

„Normalbevölkerung“ in die Verbrechen der Nazis war. Die Befreiung vom Faschismus war und bleibt eine historische Tat.

Dokumentarische Lesung:

8. Mai 2019, 17 Uhr, Synagoge Cottbus, Am Schloßkirchplatz

Eintritt frei, Veranstalter: DIE LINKE. Cottbus und die Jüdische Gemeinde

Bild: Befreiung des KZ Dachau (United States Holocaust Memorial Museum)

Abenteuer Wohnungssuche und das Jobcenter

DIE LINKE.
hilft!

Bürger aber keine genehmigungsfähige Höhe der Heizkosten. Die Frage treibt mich um, denn offensichtlich wissen auch die Vermieter nur vage die zulässige Höhe. Im bundesweiten Heizkostenspiegel wird man fündig, nach diesem richten sich die Jobcenter, dazu kein Querverweis in den Richtlinien, denn eine nachvollziehbare erlaubte Höhe findet man nicht.

Wenn man eine Wohnung sucht, welche sich im unteren Preissegment befindet, wird man in der Regel bei der GWC fündig. Nun heißt es aber nicht, dass das Jobcenter diese auch genehmigt.

Ein Blick in die Unterkunftsrichtlinien vom Juni 2018 zeigt auch warum. Denn hier sind Grenzen festgesetzt, die als angemessen gelten. Nun macht sich aber Enttäuschung breit, wenn man die Übernahme beantragt und die Wohnung als nicht genehmigungsfähig abgelehnt wird. Denn hier spielt oft auch der Zeitfaktor eine Rolle.

Bei einem begleiteten Besuch erfahre ich im Jobcenter, dass die Heizkosten um ca. 3 Euro die Angemessenheit übersteigen. In den Unterkunftsrichtlinien erfahren die Bürgerinnen und

Hier braucht es mehr Aufklärung für die Wohnungssuchenden und die Vermieter, damit sie die Betroffenen nicht mit einem Exposé zum Amt schicken, mit den Worten: "Versuchen Sie es mal". Rechtssicherheit sieht anders aus und würde so manchen Ärger ersparen.

Warum allerdings in den aktuellen Unterkunftsrichtlinien 6,50 € pro m² als Grenzwert stehen, aber fast keine Wohnungen in der Preisklasse zu finden sind, erschließt sich mir nicht. Hier muss nachgebessert werden und die Realität als Maßstab gelten.

Sollten Sie diesbezüglich Probleme haben, dann wenden Sie sich an uns, wir versuchen zu helfen.

Ihre Birgit Mankour

„Links.Blick“-Abo

Verpassen Sie keine Ausgabe unserer Zeitung. Mit dem Abo bekommen Sie den „Links.Blick“ immer nach Hause geschickt. Hierfür bitten wir um eine Spende von 24,00 Euro im Jahr. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum.

Ihre Meinung ist gefragt!

Gern können Sie sich mit Hinweisen und Leserbriefen an uns wenden. Interessante Lesermeinungen veröffentlichen wir auch in unserer nächsten Ausgabe. Senden Sie einfach eine E-Mail an: linksblick@dielinke-lausitz.de

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Ortsvorstand Cottbus
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Eberhard Richter
Redaktion: Christopher Neumann
Layout/Satz: André Kaun

E-Mail: info@dielinke-lausitz.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de